der noch bestehenden Militärkapitulationen zu erzielen zu suchen und über die dahierigen Ergebnisse Bericht, sowie angemessene, sachbezügliche Anträge der Bundesversammlung vorzulegen.

2. Alle Anwerbungen für auswärtige Militärdienste sind im Gebiete der Eidgenossenschaft für einstreilen untersagt.

Bundesgesetz über das Postregale.

Die Bundesversammlung der schweizerischen
Eidgenossenschaft,

in Ausführung des Art. 33 der Bundesverfassung,
nach Einsicht des Vorschlages des Bundesrathes,

beschließt:

Art. 1. Das Postregale im ganzen Umfang der Eidgenossenschaft steht dem Bunde zu.

Art. 2. Das Postregale besteht in dem ausschließlichen Rechte:

- a. des Transportes von verschlossenen Briefen;
- b. des Transportes von andern verschlossenen Gegenständen aller Art (Pakete, Gelder u. s. w.), wenn sie nicht über 10 Pfund schwer sind;
- c. des regelmäßigen periodischen Transportes von Personen;
- d. der Beförderung von Personen durch Extraposten.

Art. 3. Als Ausnahme von den im Art. 2 enthaltenen Bestimmungen ist das Versenden und Vertragen von Briefen, Paketen und Geldern gestattet:

- a. wenn es als Sache bloßer Gefälligkeit, somit nicht gegen Bezahlung oder Belohnung erfolgt, und insofern es nicht durch Personen geschieht, die sich aus der Besorgung von Aufträgen und Kommissionen für Dritte oder aus der Besorgung und Bedienung von periodischen Kursen zu Fuß oder wie immer ein Gewerbe machen;
- b. wenn es durch den Eigenthümer selbst, oder durch eine von ihm hiezu besonders bestellte Person stattfindet.

Art. 4. Für die regelmäßige periodische Beförderung von Personen und deren Gepäck auf Eisenbahnen, Schiffen oder Fuhrwerken, für Beförderung von Personen durch Extraposten, sowie für den Transport von Briefen, Paketen, Geldern und Personen durch Voten, kann der Bundesrath auf bestimmte Zeit, gegen Entrichtung einer Gebühr, besondere Konzessionen ertheilen.

Die Bedingungen, von denen die Konzession abhängig gemacht wird, sollen in dem darüber auszufertigenden Patente genau bezeichnet werden.

Der Bundesrath kann die Konzession augenblicklich zurückziehen, wenn der Inhaber die Bedingungen, unter welchen sie ihm ertheilt worden ist, verletzt, oder sich sonst eine Gefahrde zu Schulden kommen läßt.

Art. 5. Da wo Eisenbahnen schon bestehen, oder wo Konzessionen für den Bau von Eisenbahnen bereits ertheilt sind, tritt der Bund hinsichtlich des Transportes von Personen und Sachen in diejenigen Rechte, die sich die Kantone vorbehalten haben.

Art. 6. Verletzungen des Postregals sind mit einer Buße von 1 Fr. bis 500 Fr. zu bestrafen. In Wiederholungsfällen kann die Buße bis auf 2000 Fr. erhöht werden.

Der gleichen Strafe unterliegt auch die Ueberschreitung der Konzession.

Art. 7. Die eidgenössischen Postbeamten und Bediensteten, sowie die Polizeibehörden der Kantone, sind verpflichtet, zur Entdeckung und Erhebung von Straffällen thätig mitzuwirken. Die zuständige Kantonalbehörde soll den unerlaubten Postbetrieb sofort einstellen und zwar nöthigenfalls durch Beschlagnahme der Transportmittel.

Art. 8. Die Postanstalt ist nicht verpflichtet, solche Gegenstände zur Beförderung zu übernehmen, die

- a. leicht zerbrechlich, oder selbst bei ordentlicher Behandlung dem Verderben unterworfen sind;
- b. die schwer zu verpacken und zu besorgen sind;
- c. die wegen des großen Umfanges oder Gewichtes zum Posttransport sich nicht eignen.

Art. 9. Es ist verboten, solche Gegenstände der Post zur Beförderung zu übergeben, die während der Fahrt leicht in Gährung oder Fäulniß übergehen, oder solche, die sich entzünden oder Explosionen verursachen können, wie z. B. Schießpulver, Schießbaumwolle, Zündhölzchen und andere gefährliche Gegenstände.

Wenn dennoch ein solcher Gegenstand unter Verheimlichung des Inhaltes aufgegeben wird, so ist der Aufgeber für den Schaden verantwortlich und verfällt, ob Schaden erfolgt sei oder nicht, in eine Buße von einem bis zweihundert Franken, sofern nicht seine Handlung in ein größeres Vergehen oder Verbrechen übergeht.

Art. 10. Der Bund gewährleistet die Unverletzbarkeit des Postgeheimnisses.

Das Postgeheimniß schließt die Pflicht in sich, keine der Post anvertraute Gegenstände zu öffnen, ihrem Inhalt auf keine Weise nachzuforschen, über den Verkehr der einzelnen Personen unter sich keine Mittheilungen an Dritte zu machen und Niemanden Gelegenheit zu geben, das Postgeheimniß zu verletzen.

Art. 11. Beamte und Angestellte der Postverwaltung, die sich der Verletzung des Postgeheimnisses schuldig machen, begehen eine Dienstverletzung, die durch die zuständige Postbehörde zu bestrafen ist, insoweit der Fall nicht durch die Strafgesetzgebung betroffen wird.

Art. 12. Die Postanstalt haftet für den Verlust oder die Beschädigung der ihr mit Werthangabe anvertrauten Gegenstände. Der eingeschriebene Werth gibt den Maßstab der Entschädigung, wenn nicht die Postanstalt beweisen kann, daß der beschädigte Gegenstand einen geringern Werth gehabt hat.

Art. 13. Die Postverwaltung hat dem Aufgeber eine Vergütung von zehn Franken zu leisten, wenn die Abgabe eines eingeschriebenen (rekommandirten oder chargirten) Briefes oder eines eingeschriebenen Schriftpaketes mit oder ohne Werthangabe um mehr als einen Posttag verspätet wird, — und von dreißig Franken, wenn ein solcher Brief oder ein eingeschriebenes Schriftpaket ohne Werthangabe verloren geht.

Die gleiche Vergütung von zehn Franken ist zu leisten, wenn besonders rekommandirte Pakete oder Gelder um mehr als zwei Posttage verspätet werden.

Art. 14. Gegenüber den Reisenden haftet die Postanstalt für die persönliche Beschädigung nur soweit es den Ersatz der Verpflegungs- und Heilungskosten betrifft.

Der Bundesrath ist jedoch ermächtigt, weitergehende Entschädigung zu leisten, wenn durch den Unglücksfall für den Beschädigten oder seine Familie bedeutender Nachtheil entstanden ist.

Hinsichtlich des Gepäcks, welches der Post übergeben wird, ist die Postanstalt ebenfalls haftbar, und es hat der Bundesrath hierüber die nähern reglementarischen Vorschriften zu erlassen.

Art. 15. Die Entschädigungspflicht fällt weg:

- a. wenn die Post freiwillig solche Gegenstände übernimmt, die sie nach Art. 8 nicht anzunehmen pflichtig ist und dabei ausdrücklich die Verantwortlichkeit ablehnt;
- b. wenn der Schaden nicht von einem Postbeamten oder Bediensteten verschuldet worden, oder
- c. außer dem schweizerischen Postgebiete entstanden ist.

Im letztern Falle wird jedoch die Postverwaltung die nöthigen Schritte thun, um dem Aufgeber bei der betreffenden auswärtigen Postverwaltung vertragsgemäß den gebührenden Ersatz zu verschaffen.

Art. 16. Für den Verlust oder die Verspätung nicht eingeschriebener Briefe und solcher Gegenstände, die ohne Werthangabe der Post aufgegeben werden, sowie für die Verspätung von Personen und nicht besonders rekommandirten Paketen und Geldern wird keine Entschädigung geleistet.

Art. 17. Die Schadenersatzklage wegen verlornen oder beschädigter Gegenstände, und diejenige wegen Nichtabgabe oder Verspätung eingeschriebener Briefe und Schriftpakete oder besonders rekommandirter Pakete und Gelder, verfahren binnen neunzig Tagen, wenn der Bestimmungsort in Europa oder in den Küstenländern des mittelländischen Meeres liegt, und binnen Jahresfrist, wenn derselbe in

andern Welttheilen sich befindet. Wer wegen persönlicher Beschädigung (Art. 14) ein Forderungsrecht geltend machen will, ist bei Verlust desselben verpflichtet, inner dreißig Tagen der Postdirektion davon Kenntniß zu geben und das Klagrecht inner neunzig Tagen geltend zu machen.

Beide Fristen werden vom Tage des Unfalls an berechnet.

Art. 18. Forderungen auf Schadenersatz wegen Werthgegenständen oder eingeschriebener Briefe und Schriftpakete sind bei dem Postbureau des Aufgabeortes, und Forderungen wegen persönlicher Beschädigung bei der Postdirektion, in deren Postkreis der Unfall begegnet ist, zu gültlicher Erledigung anzubringen. Wird dort nicht entsprochen, so ist die Klage bei dem zuständigen Richter geltend zu machen.

Art. 19. In Fällen von Verantwortlichkeit hat die Postverwaltung den Regreß auf den Fehlbaren.

Der schweizerische Bundesrath,
nachdem der Ständerath unter'm 24. Mai 1849, der Nationalrath unter'm 2. Brachmonat vorstehendes Gesetz über das Postregale erlassen hat, somit dasselbe zu einem Bundesgesetz erwachsen ist,

beschließt:

1) Das erwähnte Gesetz tritt vom Tage seiner Bekanntmachung an in Kraft.

2) Dasselbe soll dem Bundesblatt einverleibt und überdieß sämmtlichen Kantonsregierungen Behufs öffentlicher Bekanntmachung mitgetheilt werden.

Bern, den 4. Brachmonat 1849.

(Folgen die Unterschriften.)

Ausschreibungen.

In Folge heutigen Beschlusses des schweizerischen Bundesrathes wird für folgende eidgenössische Beamtungen freie Bewerbung eröffnet:

a. Für die Stelle eines eidgenössischen Kassiers.

Mit derselben ist die Besorgung sämtlicher eidgenössischer Werthschriften verbunden. Der jährliche Gehalt beträgt 2400 Schweizerfranken; wogegen eine unbedingte Bürgschaft zu leisten ist.

b. Für die Stelle eines Pulververwalters.

Mit dieser Stelle ist auch diejenige eines Verwalters der Zündkapselabrikerie verbunden. Der jährliche Gehalt beträgt 2000 Schweizerfranken; wogegen eine unbedingte Bürgschaft zu leisten ist.

Die Bewerber für obige Stellen haben ihre Anmeldungen bis Donnerstags den 21. Brachmonat nächstkünftig der unterzeichneten Kanzlei einzugeben.

Bern, den 11. Brachmonat 1849.

Für die schweizerische Bundeskanzlei,

Der Kanzler:

Schieß.

Berichtigung.

Nr. 29, Seite 89, Zeile 17 von oben, zu lesen:
Ständerath statt Bundesrath.

Bundesgesetz über das Postregale.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1849
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	30
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.06.1849
Date	
Data	
Seite	102-108
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 100

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.